

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate

pro vierzeiliger Zeile 60 Pf.;  
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;  
Stellenangebote 40 Pf.; Verbands-  
mitteilungen 20 Pf. Privat-  
anzeigen 1 Pf. der Betrag beizufügen.

Erscheint Sonntags.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal zzgl. Postgebühren. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Nr. 4.

Berlin, den 23. Januar 1916.

32. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Regelmäßige Meldung arbeitsloser Mitglieder.

Aus den Abrechnungen der Gane und Zahlstellen ergibt sich, daß an verschiedenen Stellen Kolleginnen in größerer Anzahl schon seit Beginn des Krieges oder wenigstens lange Zeit ständig als arbeitslos geführt werden, und durch Nachfrage konnten wir feststellen, daß die Bestimmung in Paragraph 7 Absatz 4 des Statuts, die regelmäßige Meldung arbeitsloser Mitglieder vorschreibt, dabei manchmal ganz außer acht gelassen wird.

Wenn auch in den Fällen, in denen Mitglieder wirklich keine Arbeit zu finden vermögen, die Weiterführung derselben als arbeitslos und infolgedessen beitragsfreie Mitglieder an einen bestimmten Zeitraum nicht gebunden ist, muß eine hinlängliche Kontrolle der Arbeitslosigkeit und regelmäßige Meldung der Arbeitslosen zur Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft doch als unbedingt notwendig bezeichnet werden.

Wir machen es deshalb allen Gau- und Ortsverwaltungen zur Pflicht, durch geeignete, den örtlichen Verhältnissen entsprechende Anordnungen eine laufende Kontrolle der Arbeitslosigkeit herbeizuführen und auch dafür Sorge zu tragen, daß arbeitslose Mitglieder die Verbindung mit der Organisation durch regelmäßige Meldung aufrechterhalten. Wenn es auch nicht überall notwendig sein mag, bei andauernder Arbeitslosigkeit auf allwöchentlich der Meldung zu bestehen, so wollen die Gau- und Ortsverwaltungen doch daran festhalten, daß Meldung mindestens alle zwei Wochen unbedingt erforderlich ist.

Bei Eintritt irgendwelcher Beschäftigung, wenn auch in einem anderen Berufe und von kurzer Dauer, sind die Mitglieder unbedingt verpflichtet, für diese Zeit ihrer Beitragspflicht zu genügen.  
Der Verbandsvorstand.

## Was soll beim diesjährigen Ablauf der Carifverträge geschehen?

II.

Mit dumpfen Schlägen Hopft die Not an die Tore der deutschen Arbeiterchaft. An und für sich bringt es der natürliche Gang eines solchen Weltkrieges mit sich, daß alle Lebensmittel im Preise steigen. Wir sehen daher die Teuerung in allen kriegsführenden und auch in den meisten neutralen Ländern. Selbst England, dem die Meeresverkehrswege offen stehen, und Ausland mit seinem großen Getreideüberschuß machen hiervon keine Ausnahme. Ja, in England zeigt sich sogar die merkwürdige Erscheinung, daß im Gegensatz zu Friedenszeiten, wo die Londoner Börse im Durchschnitt den Getreidepreis um so viel niedriger notierte, als der deutsche Einfuhrzoll betrug, also 80 Mk. pro Tonne, ein größeres Emporschwellen der Korn-, Mehl- und Brotpreise wie in Deutschland eintrat. Die Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt hat daher seine natürlichen Ursachen. Erstens fehlen Millionen fleißiger Landarbeiter, Hunderttausende von Ackerpferden zur Bestellung der Felder; die Einfuhr von Lebensmitteln und Futtermitteln aus dem

Auslande ist durch das Abschneiden der Wasserwege durch die feindlichen Flotten sowie durch die Heberlastung der Eisenbahnen mit Militärtransporten beschränkt. Infolge des Fehlens des Straßfutters für das Vieh steht dieses weniger Fleisch an, geben die Kühe nur die Hälfte der Milch wie in Friedenszeiten, und da auch die Züchter nicht bloß weniger werden, sondern die vorhandenen weniger leistungsfähig werden, verteuern sich die Transportkosten der gewaltigen Lebensmittelmengen, welche unsere Großstädte verschlingen. Hinzu kommen noch die wüsten Spekulationen rücksichtsloser Lebensmittelhändler, denen die Regierungen und Behörden leider nicht immer, und wenn schon, dann meistens zu spät, einen heilsamen Niegel vorschoben, trotz der unausgesetzten Anstrengungen, die die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, der Vorstand der sozialdemokratischen Partei, der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen und andere machten, um eine rechtzeitige Bestandsaufnahme und Beschlagnahme sowie die gerechte Verteilung der notwendigen Lebensmittel an die Bevölkerung herbeizuführen.

Wie sehr allein die notwendigen Lebensmittel gestiegen sind, hat der bekannte Wirtschaftsstatistiker Richard Gadow in seinen „Monatlichen Uebersichten über Lebensmittelpreise“ nachgewiesen, wonach der wöchentliche Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie unter Jugendbelegung des dreifachen Betrages der antich für einen deutschen Marinesoldaten bestimmten Nahrungsmenge im Reichsdurchschnitt für die ersten 10 Monate des Jahres 1914 25,61 Mk. betrug, dagegen für die gleiche Zeit des Jahres 1915 36,16 Mk. Das ist eine Steigerung von 10,55 Mk. wöchentlich für eine vierköpfige Arbeiterfamilie, bestehend aus Mann, Frau und zwei Kindern. Dabei sind die Ausgaben für Wohnung, Kleidung, Steuern, Versicherungsbeiträge, Schulausgaben, Wirtschaftsanschaffungen, Holz, Kohlen, Straßenbahn, Wäber, Arzt, Bücher, Zeitungen, Genussmittel usw. ganz außer Anschlag gelassen. Veranschlagt man diese mit der viel zu geringen Wochenansgabe von 14 Mk., so kommt ein Betrag von 50 Mk. heraus, der zur Deckung dieser Ausgaben einer vierköpfigen Familie vorhanden sein müßte. Welcher Familienvater nennt aber ein solches Einkommen sein eigen? Waren doch 1912 im Königreich Preußen 6,12 Millionen Steuerpflichtige, das sind 88,65 Proz. der Steuerpflichtigen überhaupt, vorhanden, die nur ein Einkommen von 600 bis 3000 Mark verzeichneten. Mehrlich werden die Verhältnisse in den übrigen Bundesstaaten liegen.

Doch halten wir uns nur an die Preissteigerungen für die notwendigen Nahrungsmittel, so müßte eigentlich eine Teuerungszulage von 10,55 Mk. gefordert werden, wenn ein Ausgleich für die gesunkene Kaufkraft des Lohnes gefordert werden soll. Das ergäbe bei der 52 1/2-stündigen Arbeitszeit des Dreiflächertarifs mindestens eine Stundenlohnserhöhung um 20 Pf. — 10,50 Mk. wöchentlich —, wodurch also noch nicht einmal ganz die Preissteigerung ausgeglichen würde. Somit müßte beispielsweise der jetzige Minimallohn des Dreiflächertarifs für gelernte Buchbinder, die sich mindestens im 6. Jahre ihrer Berufstätigkeit, mit Einschluß ihrer Lehrzeit, befinden, für Berlin von 58 auf 78 Pf., für Leipzig von 56 auf 76 Pf. und für Stuttgart von 54 auf 74 Pf. erhöht werden. An sich wäre ein solches Verlangen durchaus berechtigt, da es ja nicht einmal eine Verbesserung gegenüber dem früheren Friedensstande bedeutet, sondern lediglich einen Ausgleich der durch den Krieg

herborgegerufenen Teuerungsverhältnisse. Eine entsprechende Aufbesserung müßten selbstverständlich auch die übrigen Löhne sowohl der Arbeiter als auch der Arbeiterinnen finden, wobei freilich ein Unterschied zwischen den jungen und verheirateten Kollegen und Kolleginnen zu machen wäre.

Niemand wird sich aber wohl über die Notwendigkeit eines solchen Beginns im unklaren sein, denn die Mehrzahl der Arbeitgeber wäre nicht imstande, solchen Forderungen zu entsprechen. Ihre Betriebe sind meistens nicht voll besetzt und beschäftigt, ihre Kundschaft ist nicht bereit, entsprechende Preisaufschläge zu bewilligen, auch nicht in der Lage, die Mehrausgaben von den Käufern ihrer Erzeugnisse einzuziehen, besonders soweit unterhaltende Literatur in Betracht kommt, auf die doch zunächst bei einer allgemeinen Teuerung als „Luxus“ verzichtet wird. Keineswegs beschränkt sich die Einschränkung des Konsums bloß auf sogenannte Luxusgegenstände, sondern auch geschäftliche Bedarfsartikel, wie Kataloge und andere Bestellensachen werden natürlich lange nicht in solchen Massen verlangt, wie es in Friedenszeiten und besonders in Zeiten der Hochkonjunktur der Fall ist. Die Geschäftsverluste unserer Unternehmer sind weiter nicht in gleichem Maße gestunken wie ihre Einkünfte bei daniederliegendem Geschäftsgang.

Müssen wir daher auch wohl oder übel auf einen vollen Ausgleich der herrschenden Teuerung durch entsprechende Teuerungszulagen verzichten, so müssen wir andererseits ganz energisch fordern, daß wenigstens ein gewisser Ausgleich stattfindet. Denn das erfordert nicht nur die Gerechtigkeit, sondern die Rücksicht auf die Erhaltung unserer Arbeitskraft und auf das heranwachsende Geschlecht; auf die Gesundheit unseres Volkes, von dem wir ein Teil sind. Das müssen auch unsere Unternehmer einsehen. Es ist nun einmal so in unserer leidigen Welt und durch noch so schöne Ermahnungen auf Streckung unserer Lebensmittel nicht wegzudisputieren, daß zwischen Nahrungsmittelaufnahme und Gesundheit ein inniger Zusammenhang besteht. Auf der im Oktober 1915 im Reichsstadtsgebäude zu Berlin stattgefundenen „Achten Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt“, auf der alle Gesellschaftsstände und alle Parteien, vornehmlich aber die bürgerlichen Kreise vertreten waren, ist durch hervorragende Wissenschaftler und Volkswirtschaftler dieser Zusammenkunft zum Zwecke der Verbesserung der Masse betont worden, und Professor v. Gruber aus München legte u. a. dar, wie die Nahrung schon die Keimzellen des werdenden Menschen im Mutterleibe beeinflusst und ebenso auch die sonstige ganze Leibliche und seelische Beschaffenheit der Masse. Inner wissenschaftlichen Begründung dieser Erfahrungstatsache bedarf es übrigens wahrhaftig nicht, denn jeder Mensch fühlt gar bald an sich selbst, wie Hunger und Entbehrungen das Körperliche und geistige Wohlbefinden herabdrücken, wofür der jetzige Weltkrieg Beispiele unzählbar liefert. Fragt nur unsere Zeitgenossen danach, die werden es auch erzählen können, wie oftmals nicht zu vermeidende längere Entbehrungen auf sie eingewirkt haben. Für diejenigen, welche Fleisch genug oder im Ueberfluß auf den Rippen haben, mag das ja, wenn es nicht zu lange dauert, eine ganz zuträgliche Entfestigung sein, nicht aber für die Arbeiter, die in der Regel nicht nur überflüssigen Fettablagerungen ausgestattet sind, sondern von der Hand in den Mund leben.

Aus diesen Gründen hat unser Verbandsvorstand unseren Gauvorsitzern aufgetragen, überall beim Ab-

lauf von Tarifverträgen Anträge auf Verlängerung derselben unter der Bedingung zu stellen, daß Teuerungszulagen gewährt werden.

Der Verbandsvorstand empfiehlt aber nicht nur in solchen Fällen, an die Arbeitgeber wegen Teuerungszulagen heranzutreten, sondern auch dort, wo die Tarifverträge weiterlaufen, weil die allgemeine Teuerung und die lange Dauer des Krieges dies rechtfertigt.

An den Verband Deutscher Buchbinderbesitzer ist er betreffs des Ablaufs des sogenannten Dreistädtearbeitsvertrages für Berlin, Leipzig und Stuttgart mit folgenden Anträgen herangetreten:

Dah der jetzt bestehende Tarif auf ein Jahr unter folgenden Bedingungen verlängert wird:

1. Die Zeilöhne werden für die männlichen Arbeiter um 15 Proz. und für die weiblichen Arbeiter um 20 Proz. erhöht.

2. Sämtliche Stücklöhne werden um 15 Proz. erhöht.

3. Für Arbeiten (an neuen Maschinen usw.), die im Tarif noch nicht vorgesehen sind, an denen aber auf Stück gearbeitet wird oder für die Stückerarbeit geeignet gehalten wird, sind Stücklöhne festzusetzen.

Die Begründung dieser Anträge entspricht ungefähr dem, wie wir es in diesem und dem in voriger Nummer vorausgegangenen Artikel getan haben. Wir haben daher den vorstehenden Anträgen nicht mehr viel hinzuzufügen. Nur folgendes sei noch bemerkt. Es wird wahrscheinlich bei den Arbeitgebern den größten Widerstand hervorzurufen, daß für alle Stückerarbeiten unterjährig 15 Proz. Teuerungszuschlag verlangt werden, da nicht zu leugnen ist, daß manche Arbeiten bessere Verdienste erzielen lassen, als andere, deren Preise sehr niedrig im Tarif angesetzt sind.

Zu dem Zweck wird unser Verbandsvorstand erklärt, daß sich darüber in der von ihm beantragten Sitzung der beiderseitigen Verbandsvorstände reden und wahrscheinlich auch eine Verhandlung finden ließe. Eine solche Verhandlung dürfte sich auch über die Tarifisierung für neue oder im Tarif noch nicht vorgesehene Arbeiten finden lassen. Zum Schluß seiner Begründung hat unser Verbandsvorstand dann noch erklärt:

„Nach wie vor werden wir bestrebt sein, den Burgfrieden aufrecht zu erhalten, weil dies dem wohlverstandenen Interesse beider Parteien entspricht. Niemals vermögen wir jedoch den Begriff des Burgfriedens so aufzufassen, daß die Arbeiterschaft die Teuerung geduldig über sich ergehen lassen soll, ohne den energischen Versuch zu machen, einen Ausgleich durch höhere Löhne herbeizuführen. Wir stehen mit dieser Auffassung keineswegs allein, da sie bis in die höchsten Regierungskreise und Militärkreise gedrungen ist, aus Gründen, die wir oben genügend hervorgehoben haben. Wir dürfen daher auch wohl mit Recht auf Ihr verständiges Entgegenkommen rechnen und sehen daher Ihrer gefälligen Antwort entgegen.“

Weber den weiteren Fortgang der wichtigen Angelegenheit werden wir die Kollegenschaft zur gegebenen Zeit unterrichten. Möge diese ihrerseits alles zur Stärkung unseres Verbandes tun, denn man kann ruhig jetzt schon sagen, daß dies für die Verlängerung unserer Tarifverträge und die Gewährung von Teuerungszulagen die notwendigste Vorbedingung ist.

**Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.**

Ans Anlaß einer Beratung zwischen Vertretern der deutschen und der österreichischen Arbeiterbewegung, die am 9. Januar im Reichstagsgebäude stattfand und sich mit den Fragen der künftigen Wirtschaftspolitik und eines engeren wirtschaftspolitischen Verhältnisses zwischen den europäischen Mittelstaaten beschäftigte, traten die Vertreter der Verbandsvorstände am 10. Januar zu einer eintägigen Konferenz zusammen. Drei Gewerkschaftsvertreter Oesterreichs, die Genossen Domes, Grünwald und Hanusch, wohnten als Gäste den Verhandlungen bei.

Der Bericht der Generalkommission beschränkte sich diesmal auf die Angelegenheiten der Tarifpolitik, der Abänderung des Reichsvereinsgesetzes und der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Fragebogen zur Tarifpolitik sind vom Reichsstatistischen Amt bereits verfaßt und von einer Reihe von Verbänden ausgefüllt worden. Es empfiehlt sich also, sie allgemein durchzuführen, obwohl darüber kein Zweifel sein kann, daß das Verichtsjahr in tariflicher Hinsicht ein völlig anomales sei und keinerlei Vergleiche mit au-

deren Jahren zulasse. Einige Einzelfragen bezüglich der Statistik wurden durch die Debatten geklärt.

In bezug auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde über die Einsetzung eines Reichsarbeitsauschusses berichtet, der alle Angelegenheiten auf diesem Gebiete zusammenfaßt und durch Unterausschüsse die einzelnen Arbeitsgebiete regelt. Die Generalkommission hat zum Reichsarbeitsauschuss wie zu den Unterausschüssen Vertreter ernannt und wird gemäß dem Beschluß der vorhergehenden Vorstandskonferenz eine besondere Arbeitskraft für die Sammlung und Bearbeitung der auf diese Aufgabe bezüglichen Materialien einstellen. Eine geeignete Kraft konnte bisher noch nicht gewonnen werden. Inzwischen wurde aus der Konferenz der Wunsch geäußert, den Versuch, einen geeigneten Mann für diese Aufgabe zu erhalten, doch zu erneuern, und da Vorschläge dafür gemacht wurden, so stimmte die Konferenz dieser Auffassung zu.

Weiter wurde berichtet, daß die Änderung des Reichsvereinsgesetzes vom Reichstag beschlossen sei, aber noch der Zustimmung des Bundesrats entbehre, der während des Krieges lediglich die Gewerkschaften von den Wirkungen des Reichsgesetzes für politische Vereine ausnimmt, alles weitere aber bis nach dem Kriege zurückstellen wolle. Eine Gesetzesnovelle hierfür sei in Vorbereitung und noch in den nächsten Monaten zu erwarten.

Der Bericht der Generalkommission wurde zur Kenntnis genommen. Sodann beantragte die Generalkommission, in Rücksicht auf die ganz außerordentliche Verteuerung aller Lebenshaltungsmittel denjenigen Angestellten, die im Zinnen- oder Außendienst der Generalkommission beschäftigt sind und deren jetziges Gehalt 3000 Mk. einschließlich nicht übersteigt, eine Aufbesserung von 10 Mk. monatlich zu gewähren. Die Konferenz schloß sich der Begründung dieses Antrages an, erhöhte indes die Gehaltszulage auf 15 Mk. pro Monat.

In ihrem weiteren Verlauf befaßte sich die Konferenz eingehend mit den gegenwärtigen Vorgängen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihren Rückwirkungen für die Vertretung der Interessen der Gewerkschaften. Allgemein wurde der Disziplinbruch der zentralen Fraktionsmitglieder, die sich zu einer Sonderaktion im Reichstage zusammengefunden haben, aufs schärfste verurteilt. Die Aussprache endete mit der Feststellung, daß die Konferenz auch angesichts der gegenwärtigen Situation an der am 7. Juli 1915 abgegebenen Erklärung festhalten müsse: Daß die Stellung der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiaussschusses, sowie des Parteivorstandes allein den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen diene, sowie daß die von den Sonderhändlern in der Partei vertretenen Ansichten dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften widersprechen und ihre Durchsetzung eine Preisgabe alles dessen wäre, was die Gewerkschaften erstreben.

**Die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.**

Das Sozialdemokratische Pressebureau teilt mit: Mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns beschäftigte sich am Sonntag, den 9. Januar, eine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiaussschusses. Zu dieser Besprechung hatte der Vorstand unserer deutsch-österreichischen Verbänderteilnehmer als Vertreter des Parteivorstandes der deutsch-österreichischen Partei die Genossen Dr. Adler, Ellenbogen, Kemner und Seitz und als Vertreter der österreichischen Gewerkschaftskommission die Genossen Domes, Grünwald und Hanusch teil; ferner hatten die Zentralvorstände der deutschen Gewerkschaften je einen Vertreter delegiert, die Generalkommission der Gewerkschaften war anwesend und es war weiter eine Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine geladen und erschienen.

Der Genosse Dr. Kemner hielt den einleitenden Vortrag, in dem er die Frage der deutsch-österreichischen Annäherung, die zurzeit in Deutschland und in Oesterreich in der Presse und in Interessentenkreisen vielfach erörtert wird, theoretisch behandelte; dann legte er dar, daß auch das Proletariat ein großes Interesse daran habe, mit Aufmerksamkeit den Bestrebungen zu folgen, die sich bei den Bourgeoisien beider Reiche für eine wirtschaftliche Annäherung bemerkbar machen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Interessen des Proletariats bei den Verhandlungen zur Geltung kommen, damit die an und für sich berechtigten Bestrebungen nicht in einer Weise kollidieren würden, die für das Proletariat eine Erhäufung seiner Existenzbedingungen mit sich bringe. Genosse Einow behandelte als zweiter Redner ergänzend das besondere Interesse, das das deutsche Proletariat an diesen Fragen hat. — Auf die Vorträge folgte eine sehr interessante Diskussion, an der sich unsere österreichischen Freunde lebhaft

beteiligten. Die Verhandlungen hatten den Zweck, die Einleitung zu bilden für die Diskussion, die in den Parteien beider Reiche über diese Frage einzuleiten wird. Die Vorträge wurden stenographisch aufgenommen, sie werden in Kürze im Druck erscheinen. Als Vertreter unseres Verbandes nahm Kollege Kloth an dieser Besprechung teil. Es war ein Genuß, nach dem vielen schalen Parteigezänk kennntnisreiche und sachliche Ausführungen zu hören. Auf die Vorträge kommen wir zurück, wenn sie im Druck vorliegen.

**An die „Graphischen Stimmen“.**

Das vorgenannte Organ des christlichen Verbändens beschäftigt sich fortlaufend mit den Streitigkeiten in der sozialdemokratischen Partei und unserer Stellungnahme dazu. Bald lobt, bald zurecht, bald tadelt es, auch droht es mit seinem „M. Glabacher Bittentrad“ nach dem Kriege. Wir haben dazu nur ein paar Worte zu sagen: Das christliche Wort vermag uns weder durch sein Lob noch durch seinen Tadel zu bestimmen, von dem als richtig erkannten Wege abzugehen. Seinen sehr durchsichtigen Zweck erreicht es noch viel weniger, zumal wenn es mit der üblichen Unrichtigkeit, Unanschaulichkeit und Tölpelhaftigkeit operiert. Und eins laß es sich gesagt sein: Trost allem, was wir mit Recht gegen die nicht als wahre Gewerkschaftsvertreter zu betrachtenden Liebheer, Daase, Geber und Genossen vorzubringen haben, bleibt doch das große Verdienst der sozialdemokratischen Partei bestehen, daß sie sich der geäderten Gewerkschaften mit rücksichtslosem Mute angenommen hat, als alle übrigen Parteien, mit Einschluß der Zentrums- und Sozialpartei, sie bis aufs Messer bekämpften und Ausschmähelungen gegen sie schiedelten, als die christlichen Gewerkschaften noch im Schoße der Zukunft schlummerten und noch nicht durch den Zaudertrieb der Zentrums- und Sozialpartei zu förmlichem Leben erweckt waren.

Zuletzt noch zwei Fragen, verehrliche „Graphische Stimmen“:

1. Warum üben Sie Ihren Scharfsinn nicht einmal an der doch für ein christliches Gewerkschaftsorgan so naheliegenden Frage: Wie kommt es, daß das Christentum, als die Religion des Gebots: „Liebe deinen Nächsten als dich selbst“ — und alle Menschen sind bekanntlich nach der christlichen Lehre Nächste und Brüder —, es in mehr als 19 Jahrhunderten noch nicht fertig gebracht hat, die blutigen Kriege zu beenden?

2. Warum haben die wiederholten Verdamnungen des jetzigen Weltkrieges durch den Papst an dieser Tatsache nichts zu ändern vermocht, obgleich doch alle Katholiken dem Oberhaupt ihrer Kirche zu gehorchen verpflichtet wären?

Wir glauben sehr daran, daß eine zukünftige, vollkommene Internationale der Arbeiter nicht mehr 19 Jahrhunderte wie die Internationale des Christentums gebrauchen wird, um durch gegenseitige Verständigung der Kriege überflüssig zu machen. Sie wird dies Ziel eher erreichen. Und das wäre auch im Sinne der christlichen Lehre behandelt, mit der die christliche Praxis, auch die der „Graphischen Stimmen“, so oft im Widerspruch steht.

**Für unsere Krieger und ihre Angehörigen.**

In Urlaub reisende Soldaten, Verbandsmitglieder und Nichtverbandsmitglieder, die Berlin passieren, werden auf die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelster 15, aufmerksam gemacht, wo sie bereits von 45 Pf. an freundliche und reinliche Unterkunft finden. Einzelzimmer haben mit 1,50 Mk., Zimmer mit zwei Betten pro Bett mit 80 Pf. zur Verfügung. Nächste Bahnhöfe: Schlesischer Bahnhof und Görlicher Bahnhof. Entfernung von jedem dieser Bahnhöfe eine knappe Viertelstunde. Verschiedene Straßenbahnen führen zum Gewerkschaftshause hin.

**Internationales.**

Fünfundzwanzig Jahre Gewerkschaftsbewegung in Ungarn. Am 8. Dezember waren es fünfundzwanzig Jahre, daß sich die sozialdemokratische Partei Ungarns auf ihrem ersten Kongreß öffentlich vor dem ganzen Lande offiziell konstituiert hat. Dieser Kongreß faßte nicht nur die Prinzipienklärung der ungarländischen Sozialdemokratie in sieben Punkten, sondern beschäftigte sich auch mit den Einrichtungen der Partei selbst. Beim Punkt 7 der Tagesordnung beschäftigte sich der Kongreß mit der gewerkschaftlichen Organisation. Referent zu diesem Punkte war Genosse Jászai; er beantragte folgende Resolution:

„Nachdem die Aneignung von fachgewerblichen und anderen im täglichen Leben unerläßlichen Kenntnissen für die Arbeiterklasse von



folche Forderung auf Amerion von Elsch-Lothringen stellen, noch viel weniger auf deren Verwirklichung rechnen dürfen. Er müßte sie auch fragen, weshalb sie ihr Nationalitätsprinzip nicht auch auf Alger, Tunis, Marokko und andere von Frankreich eroberte Länder anwenden? Wir sind auch für die Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen der Arbeiter, aber wir schwärmen keine nicht für eine Internationale, deren Erneuerung anstehend wieder mit einer Behandlung Deutschlands als Nebenputtel, als jüdische Wüherin, beginnen soll.

**Ausnahmen von den tariflichen Bestimmungen in der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker.** Der im Buchdruckgewerbe sich infolge des Krieges immer mehr fühlbar machende Mangel an geleerten Gehilfen hat die maßgebenden Stellen, nämlich als Prinzipalsorganisation den Deutschen Buchdruckerverein, als Gehilfenorganisation den Verband der Deutschen Buchdrucker und den Gutenbergbund sowie das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, veranlaßt, zu einer Aussprache über die Lage im Gewerbe und die dadurch notwendig gewordenen Maßnahmen zusammenzutreten. Das Ergebnis der Beratung ist in einer Bekanntmachung zusammengefaßt, in der in der Hauptsache folgendes gesagt wird:

Es ist nachgewiesen und übereinstimmend anerkannt, daß der schon vorhandene und sicher noch weiter um sich greifende Personalmangel den verantwortlichen Stellen die Pflicht auferlegt, dafür Sorge zu tragen, daß dem Stillstand einzelner Betriebe durch Gewährung tariflicher Ausnahmen gehindert werde. Das Tarifamt hat gleichzeitig darüber berichtet, welche Ausnahmen es auf besonderen Antrag der einzelnen Firmen und nach Prüfung des einzelnen Falles bereits zugelassen habe. Diese vom Tarifamt gewährten Ausnahmen haben die Vertreter der Organisationen mit Rücksicht auf die Kriegslage für notwendig und zulässig erklärt. Seitens sämtlicher amweisenden Vertreter wurde anerkannt, daß das Tarifamt berechtigt und verpflichtet ist, auch für die Folge auf besonderen Antrag der einzelnen Firmen tarifliche Ausnahmen zuzulassen, damit die durch Personalmangel in ihrer Betriebsstätigkeit behinderten Betriebe in der Lage sind, ihre Tätigkeit weiter ausüben zu können.

In Rücksicht darauf, daß das Tarifamt solche Ausnahmen bereits zugelassen hat, die Möglichkeit ihrer Erlangung aber nicht allen Mitgliedern der Tarifgemeinschaft bekannt geworden ist, wird beschlossen, in den Organen der Tarifgemeinschaft bekanntzumachen, daß Firmen, deren Betriebsmöglichkeit durch Personalmangel nachweisbar in Frage gestellt ist, sich mit entsprechend begründeten Wünschen an das Tarifamt wenden können.

Das Buchdruckgewerbe dürfte damit von neuem den Beweis geliefert haben, daß es auch bei voller Aufrechterhaltung der gewerblichen und tariflichen Ordnung bereit ist, sich der Not der Zeit anzupassen. Die Beseitigung der gewährten Ausnahmen wird im gegebenen Zeitpunkt die Aufgabe aller im Gewerbe tätigen Organisationen sein.

**Feuerungszulagen im Dresdener Brauereigewerbe.** Die im Dresdener Brauereigewerbe schon vor längerer Zeit gewährten Feuerungszulagen waren den Arbeitern vorläufig bis zum 31. Januar 1916 zugestanden worden. Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der der Wirtschafter riefen daher an den Verband der Brauereien von Dresden und Umgegend durch eine Eingabe das Ersuchen auf Weiterzahlung und Erhöhung der bisher gewährten Feuerungszulagen. Die dem Antrage hat der Unternehmerverband entsprochen. Er teilte den beiden Arbeiterverbänden mit, daß er „mit Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse, in denen sich die Arbeiter zurzeit befinden“, beschlossen habe, die Feuerungszulage bis zum 30. April 1916, also um drei Monate, zu verlängern und die Sätze für Verbeiratsrate auf 7,50 Mk., für Unverbeiratsrate auf 6 Mk., für Frauen auf 4,50 Mk. und für Kinder auf 1,25 Mk. monatlich zu erhöhen, jedoch in der Voraussetzung, daß die Brauereien in der Lage sind, bis dahin ihre Betriebe im bisherigen Umfange aufrechtzuerhalten.

Eine Eingabe der Bergarbeiterverbände um Vermittlung in der Lohnfrage ist an das Oberbergamt zu Dortmund gerichtet worden, nachdem der Zeichenverband es abgelehnt hat, diesbezüglich mit den Arbeitervertretern zu verhandeln. Es wäre wirklich an der Zeit, wenn die Regierung besonders den Zeichenherren nahelegte, nicht immer wieder durch ihr selbstherrliches, die Arbeiter nichtachtendes Verhalten letztere zum berechtigtem Groll zu fällen und sie schließlich zum Streik zu zwingen.

**Die französische Sozialisten deutsche Friedensgerüchte ausbeuten.** (K.) Am Nachreize der Eschachten bei Champigny (30. November bis 2. Dezember 1870) hielt der Munitionsminister Albert Thomas, früher Pariser Korrespondent der

„Chemnitzer Volkstimme“ und des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission, eine Gedächtnisrede in Champigny, in der er u. a. ausführte:

„Keinen Frieden, bis unser Lothringen und unser Elsch, endgültig der französischen Einheit wiedergegeben sind; keinen Frieden, bis unsere unglücklichen Brüder sowie die Belgier und die Serben sicher sind, daß ihre Heimat sich im Stolge der Unabhängigkeit befindet; keinen Frieden, bis der deutsche Imperialismus und der preußische Militarismus unschädlich gemacht worden sind; keinen Frieden, bis eine Herrschaft des Rechts, die auf der heiligen Einheit beruht und durch den freien Beitritt der Neutralen verstärkt ist, die Gewalt des Krieges für immer abgeschafft haben wird. Franzosen aller Parteien! Wir werden bis zum Ende gehen, bis zum Ende unserer Pflicht.“ Der Rest der Rede war eine Verherrlichung Frankreichs als des Befreiers der Menschheit. Die Nation solle nur aushalten, Deutschland sei bereits unruhig und suche den Frieden. Er sagte über letzteren Punkt wörtlich:

„Deutschland versucht Friedensgedanken unvermerkt in die Welt zu setzen und Friedensangebote zu machen. Und Frieden anbieten, heißt das nicht, Frieden nachsuchen? Und Frieden nachsuchen, ist das nicht ein Zeichen der Besorgnis und der Furcht?“

**Das Jahr 1916 ist seit**

Christi Tode	das 1888.
Einführung des julianischen Kalenders	1961.
Einführung des gregorianischen Kalenders	334.
Einführung des verbesserten Kalenders	216.
Erfindung des Geschüßes und Pulvers	586.
Erfindung der Buchdruckerkunst	476.
Entdeckung Amerikas	424.
Erfindung der Fernrohre	307.
Erfindung der Pendeluhren	259.
Erfindung der Dampfmaschinen	218.
Einführung des elektromagnetischen Drucktelegraphen	79.
Einführung des Fernsprechers	39.
Erfindung der drahtlosen Telegraphie	20.
Neuerichtung des Deutschen Reiches	45.
Beginn des großen Weltkrieges	3.

Das gegenwärtige 1916. Jahr der christlichen Zeitrechnung wird von Christi Geburt an gerechnet. Es ist ein Schaltjahr von 366 Tagen oder 52 Wochen und 2 Tagen und beginnt am Sonnabend, den 1. Januar, neuen Stils, welcher Tag dem 19. Dezember 1915 im alten Kalender entspricht.

Im alten Kalender beginnt das Jahr mit Freitag, den 1. Januar, entsprechend dem 14. Januar im neuen Kalender. Der 31. Dezember 1916 alten Stils entspricht dann dem 13. Januar 1917 neuen Stils.

Die griechische Kirche zählt ihre Jahre seit Erschaffung der Welt, nach der sogenannten byzantinischen Aera. Sie setzt die Epoche der Welterschöpfung auf den 1. September des Jahres 5509 vor Christi Geburt und beginnt ihr 7424. Jahr mit dem 1. September alten oder 14. September neuen Stils unseres 1916. Jahres. Die Russen zählen ihre Jahre nach dieser Aera bis zu Peter dem Großen. Seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts bedienen sie sich unserer Jahreszahl, rechnen aber sonst noch nach dem alten (julianischen) Kalender, wie er in der vergleichenden Zusammenstellung gegeben ist.

Die Juden zählen ihre Jahre seit Erschaffung der Welt. Sie beginnen ihr 5676. Jahr mit dem 9. September 1915. Es ist ein überzähliges Schaltjahr von 385 Tagen. Am 28. September 1916 beginnt ihr 5677. Jahr, welches ein ordentliches Gemeinjahr von 354 Tagen ist und mit dem 16. September 1917 endet.

Die Araber, Perser, Türken und die anderen Befenner des mohammedanischen Glaubens zählen ihre Jahre seit Robammeds Auswanderung von Mekka nach Medina, welche von ihnen Hidschred genannt wird. Sie beginnen am 9. November 1915 ihr 1334. und am 28. Oktober 1916 ihr 1335. Jahr, welche beide Gemeinjahre von 354 Tagen sind.

**Adressenänderungen.**

**Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.**  
 B. = Bevollmächtigter.  
 K. = Kassierer (in einzelnen Fällen auch Unterstützungsausgabler).  
 Köln a. Rh. B. G. Warshall, Köln-Sülz, de Reelplatz 13 pt. — K. A. Wolf, Eintrachtstr. 75.

**Arbeitsmarkt.**

**Verlangt werden:**

(Alle Anfragen wegen offener Stellen sind nur an die Bevollmächtigten der bezüglichen Orte zu richten, soweit nichts anderes besonders angegeben ist.)  
**Annaberg-Buchholz** (B. G. Härtel, Sehna 1. Erzgeb., Fabrikstr. 79): Einige Tischarbeiter, auf Parfüm- und Seifen-Maschinen eingearbeitet, suchen anderweitige Stellung.

**Literarisches.**

**Wie kann sich jeder die ihm auf Grund der neuen Reichsversicherungsordnung zugehenden Renten selbst berechnen?** Von H. Schmitt. Verlag von Emil Roth in Gießen. Preis 50 Pf.

**Gemeinverständlicher Führer durch das Angelegten-Versicherungsgesetz** von G. Stief. Regierungsbeamter. Verlag von Emil Roth in Gießen. Preis 1 Mt.

**Von der Illustrierten Geschichte des Weltkrieges** Verlag der Union, Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart, Berlin, Leipzig, Wien sind uns die Hefte 60-65 zugegangen. Das Werk ist außerordentlich reich illustriert und wird ein lebendes Andenken an den großen Weltkrieg sein. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 25 Pf.

**Mit dem Auto an der Front.** Kriegserlebnisse von Anton Zendrich. Mit Kopfleisten und Umschlagzeichnung nach Originalen von W. Wand, H. Doffinger und G. Wiednauer. Preis geb. 1 Mt., geb. 1,60 Mt. Francksche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

**Abrechnungen**

vom 4. Quartal 1915 gingen bis zum 18. Januar bei der Verbandskasse ein: Von Tifit mit — Mt., Gau 3 — Mt., Gau 4 — Mt., Breslau — Mt., Breg 350, — Mt., Glogau 110,06 Mt., Görlitz 100, — Mt., Kosen — Mt., Salzbach 98,70 Mt., Gau 6/7 — Mt., Samburg-Altona — Mt., Hofsd 60, — Mt., Müßtrigen-Wilhelmshöfen 164,07 Mt., Scherwin 50, — Mt., Braunschweig — Mt., Eisenach — Mt., Gera — Mt., Jena 75, — Mt., Langensalza — Mt., Sonneberg 45, — Mt., Weimar 72,20 Mt., Zeitz 97,16 Mt., Wdn 56,05 Mt., Gnanu — Mt., Annaberg-Buchholz — Mt., Dresden 2000, — Mt., Köpmitz — Mt., Grimma — Mt., Hartmannsdorf — Mt., Leipzig 5000, — Mt., Limbach 100, — Mt., Zeitz 60, — Mt., Burzen 81,15 Mt., Erlangen — Mt., Schweinfurt 60, — Mt., Gau 17 — Mt. und von München mit — Mt.  
 C. Saucien.

**Anzeigen**

**Zuverlässige Linierer**

für F. & Dr. Masch. finden dauernde, gut bezahlte Stellung. Reisefloßen werden ersetzt.  
**Fr. Wily, Rahfus, Dortmund,**  
 Geschäftsbücherfabrik.

**Papier- und Schreibwarenhandlung**

mit Haus, gutgehend, bedeutend erweiterungsfähig, in. Lage, Verhältnisse halber preiswert zu verkaufen. Rötiges Darlapital 8-10 Mille. Offerten unter **N. S. 138 an Rudolf Mosse, Nürnberg.**



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. Werkstatt  
**O.Th.Winckler, Leipzig**